



Was ist denn so in Staaken los?

Seite 6





Die Zweite Seite

Inhalt

- Seite 3 Interview mit Bernd Riexinger
 Seite 5 Die Tücken des Parlamentarismus...
 Seite 6 Wohnen in Spandau...
 Seite 7 Volksbegehren Energie
 Seite 8 Kindische Rituale...
 Seite 9 Fortsetzung von S. 5, Neues aus der BVV
 Seite 10 Ultras...
 Seite 10 Polen - Irrwege des Neoliberalismus
 Seite 12 **WERWIEWASWIESOWESHALBWARUM**



Impressum

Herausgeber: **Die LINKE.**
 Bezirksvorstand Berlin-Spandau

Pichelsdorfer Straße 138
 13595 Berlin - Spandau (Wilhelmstadt)
 Tel. 36 43 74 71
 Fax 33 29 03 73
 www.die-linke-spandau.de
 eMail: info@die-linke-spandau.de
 www.spandauer-umschau.de
 info@bo-sg.de

V.i.S.d.P.: Piotr Luczak
 Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 28. Januar 2013

Druck: Auflage: 2.000

**Die nächste Ausgabe der Spandauer Umschau
 erscheint im Mai 2013**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Auch Digital

Liebe Leserinnen und Leser der Spandauer Umschau, diesmal präsentieren wir Ihnen eine besondere Spandauer Umschau. Trotz einer kleinen Verzögerung bieten wir die Umschau auch digital an, d.h. als Internet-Zeitschrift, die monatlich herauskommen und Sie noch ausführlicher mit Analysen, Kommentaren und Berichten aus Spandau und der Welt versorgen soll (www.spandauer-umschau.de). Selbstverständlich verzichten wir auf die Printausgabe nicht. Sie wird wie immer dreimal bzw. viermal im Jahr in der Ihnen bekannten Form erscheinen. Wohnen als Menschenrecht und nicht als Renditeversprechen ist nicht für uns Linke ein heißes Eisen, es betrifft fast alle. Die kürzlich gegründete Mieterinitiative Staaken ist ein Beispiel für Gegenwehr und das Eintreten für sozialen Wohnungsbau - überall. Thomas Besuch, der Sprecher der Initiative beschreibt die Entwicklung eines einst sozial funktionierenden Stadtteils.

Das Jahr 2013 wird für die Bundesrepublik ein Entscheidungsjahr. Es wird am 22.09. entschieden, ob sich diejenigen durchsetzen, die im Auftrag der Konzerne die Demokratie abbauen wollen oder ob wir es mit einer starken Linken schaffen, dieser Demokratie Soziales einzuhauchen. Dazu ein Exklusivinterview mit unserem Parteivorsitzenden Bernd Riexinger. Auch der Sport soll nicht zu kurz kommen. Benjamin Ahmad beschäftigt sich mit der Ultra-Bewegung im deutschen und internationalen Fussball. Noch eine Neuerung haben wir für Sie parat: Das lange angekündigte Diskussionsforum ist geschaltet (www.forum.bo-sg.de). Sie können sich einfach registrieren und über alle für Sie und die Welt relevanten Themen diskutieren. Wir freuen uns über jeden Beitrag.

Piotr Luczak
 Sprecher der Partei DIE LINKE.Spandau



Interview

Was mit uns geht

Interview mit Bernd Riexinger
Vorsitzender der Partei DIE LINKE

Spandauer Umschau: Am 12./13. Januar dieses Jahres meldete die Neue Osnabrücker Zeitung, dass DIE LINKE bzw. der geschäftsführende Bundesvorstand bereit sei, ohne Vorbedingungen in eine rot-grüne Bundesregierung einzutreten. Stimmt das und haben die im Programm dargelegten roten Haltelinien ihre Bedeutung verloren?



Bernd Riexinger: Nein, im Gegenteil. Wir sagen nur nicht als erstes, was alles nicht mit uns geht, sondern machen deutlich, was mit uns geht. Wir haben deshalb gerade ein Neunpunkteprogramm als Einstieg für einen Politikwechsel vorgelegt. Da sind die zentralen Punkte natürlich enthalten: Zehn Euro Mindestlohn, 500 Euro Grundsicherung und die der Hartz IV Sanktionen. Vermögenssteuer von fünf Prozent, Einkommenssteuer von 75 Prozent bei einem Einkommen von über einer Million Euro, Stopp der Waffenexporte, Investitionsprogramm in die öffentliche Daseinsvorsorge - insbesondere in Kindertagesstätten und Schulen. Wir wollen Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden, Sozialtarife bei den Energiekosten. Und es muss Schluss sein mit Stromsperrern für Leute, die die Stromrechnung nicht mehr bezahlen. Wir machen ganz konkrete Vorschläge für den Einstieg in eine andere Gesellschaft.

S.U.: Apropos die Forderung nach 500 Euro Grundsicherung — steht da die Forderung nach Abschaffung von Hartz IV nicht mehr im Raum?

B.R.: Selbstverständlich bleibt es bei unserer Forderung nach einer Abschaffung von Hartz IV. Wir wollen eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut wirklich verhindert. Ganz zentral damit verbunden ist die Abschaffung aller Sanktionen. Da ist unser Parteiprogramm sehr klar und das ist auch gut so.

S.U.: Die grüne Bundestagsfraktion lässt sich momentan an Bellizismus, was den möglichen Einsatz der Bundeswehr in Mali anbetrifft, kaum überbieten. Welche Möglichkeiten siehst Du, diesen harten Brocken in möglichen Verhandlungen zu zerschlagen — die SPD ist in dieser Frage auch nicht zu unterschätzen?

B.R.: DIE LINKE ist die einzige Partei, die für eine konsequente Friedenspolitik steht. Ich habe immer gesagt, dass von deutschem Boden niemals wieder Krieg

ausgehen darf und das bedeutet für uns, dass die Bundeswehr sich an Auslandseinsätzen nicht beteiligt. Wir fühlen uns auch durch die Ergebnisse in Afghanistan bestätigt, die zeigen, dass Krieg zu Leid und Tod führt, nicht aber zu Frieden. Friedenspolitik ist für DIE LINKE nicht verhandelbar. Dieser Grundsatz steht.

S.U.: Und jetzt wieder zum Inland. Am 15.01.13 erschien eine Meldung in den Zeitungen, dass DIE LINKE sich beschwert hat, dass sie von den Gewerkschaften bzw. dem DGB schlecht behandelt werde. Wie sieht momentan das Verhältnis der Partei DIE LINKE zu den Gewerkschaften aus?

B.R.: Grundsätzlich sind die Gewerkschaften für uns ein sehr wichtiger Bündnispartner. Die Gewerkschaften sind nicht irgendeine Organisation, sondern vertreten Millionen von Beschäftigten. Dies bedeutet aber nicht, dass DIE LINKE keine Kritik übt, wenn Gewerkschaftsvorsitzende öffentlich für eine große Koalition plädieren. Dafür haben wir kein Verständnis, sondern sind der Auffassung, dass die Gewerkschaften die Chance für einen Politikwechsel offensiver ergreifen müssten. Bei aller Kritik ist DIE LINKE aber die Partei, zu der die meisten inhaltlichen Schnittmengen bestehen. Da gibt es keinen Grund, einen solchen Bündnispartner zur Seite zu schieben.

S.U.: Welche Antworten hat DIE LINKE Arbeitnehmern gegenüber, die von Lohndumping und prekärer Beschäftigung betroffen sind, zumal, wenn man der



Interview

„Jungen Welt“ vom 12.01.2013 Glauben schenken will, der DGB selbst eine Leihfirma besitzt.

B.R.: Wenn es stimmt, ist es völlig daneben und der DGB sollte das schnell beenden. Das Wichtigste ist aber, dass wir für neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sorgen müssen. Durch die Agenda 2010, die Hartz -Gesetze, die Lockerungen bei der Leiharbeit und den Befristungen ist der Arbeitsmarkt in hohem Maße dereguliert worden. Das Ziel von Rot-Grün und Schwarz-Gelb war die Schaffung eines großen Niedriglohnsektors. Das ist gelungen, inzwischen arbeitet jeder vierte Beschäftigte im Niedriglohnbereich und kann von seiner Arbeit nicht leben. DIE LINKE steht ganz klar für eine Politik der Re-Regulierung: Wir fordern einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens Zehn Euro, stehen für ein Verbot der Leiharbeit, kurzfristig für die gleiche Bezahlung in der Leiharbeit. Wir sind der Auffassung, dass Befristungen beschränkt werden müssen und nicht zur Regel werden dürfen. Auch der Missbrauch mit Werkverträgen, um Tarifverträge zu unterlaufen, muss unterbunden werden und die Tarifbindung muss durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit wieder zur Normalität werden. Eine Tarifbindung darf nicht, wie wir es in den ostdeutschen Ländern erleben, die Ausnahme sein. Im Osten sind 45 Prozent der Beschäftigten gar nicht an Tarifverträge gebunden.

S.U.: Die Bundesregierung hat großmütig eine Energiewende in Aussicht gestellt. Welche Vorschläge macht DIE LINKE, um eine wirkliche Energiewende durchzusetzen?

B.R.: DIE LINKE steht dafür, dass das Ökologische mit dem Sozialen verbunden wird. Wir erleben aber, dass die Bundesregierung überfordert ist, weil sie nicht bereit ist, den Kampf mit den großen Energiekonzernen aufzunehmen. Solange die Energieversorgung den Profitinteressen der Konzerne untergeordnet wird, wird es keine wirklichen Veränderungen geben. Wir stehen dafür, die Energieversorgung in dezentralen Stadtwerken zu organisieren, die sich in öffentlicher Hand befinden. Zweitens bringt uns die Energiewende nichts,

wenn die Leute abgezockt werden. Wenn insbesondere Rentnerinnen und Rentner, Gering- und inzwischen auch Durchschnittsverdiener die Energiekosten nicht mehr bezahlen können. Deshalb brauchen wir dringend Sozialtarife. Es darf den Leuten nicht mehr der Strom abgestellt werden, wenn sie die Stromrechnung nicht bezahlen können. Es muss auch in diesem Zusammenhang der Strom bzw. die Energie als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge angesehen werden. Da gelten ganz klare soziale Kriterien.

S.U.: Nur eine Frage zum Thema Wohnen und Mieten: Wohnen gehört meiner Meinung nach auch zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Mittlerweile ist bezahlbarer Wohnraum ein Mangel. Welche Positionen hat DIE LINKE um dem Grundsatz „Wohnraum ist keine Ware“ Geltung zu verschaffen?

B.R.: Auch dazu haben wir ganz konkrete Vorschläge gemacht. Zu aller erst muss der soziale Wohnungsbau wieder aufgenommen und ausgebaut werden. Selbstverständlich darf Wohnraum nicht der Spekulation und der Profitlogik unterworfen werden. Wir müssen sagen, dass es beim Wohnungswechsel keine großen Mieterhöhungen geben darf, wie z.B. in Berlin, wo bei einem Wohnungswechsel die Mietkosten teilweise um 35 Prozent ansteigen, ohne dass in dieser Wohnung etwas gemacht worden ist und ohne dass der Wert der Wohnung erhöht wurde. Dazu müssen Mietobergrenzen eingeführt werden. Die Regel muss sein, dass die Menschen nicht mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für Miete aufwenden müssen.

S.U.: Ist aus Deiner Sicht die Rekommunalisierung bereits privatisierten Wohnraums möglich?

B.R.: Ja natürlich, unser Programm sagt deutlich, dass in diesem Bereich rekommunalisiert werden muss und wir müssen den öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau wieder forcieren. Es kann nicht sein, dass hier ein Ausverkauf von Wohnungen stattfindet, genau das Gegenteil muss passieren.

S.U.: Bernd, ich danke Dir für das Gespräch.

B.R.: Gern geschehen.

Das Gespräch führte Piotr Luczak



Neues aus der BVV

Die Tücken des Parlamentarismus

In der Sitzung der Spandauer BVV im November 2012 wurde ein gemeinsamer Antrag (SPD, Grüne und DIE LINKE) eingebracht, der das Bezirksamt auffordern sollte, den Geburtstag von Erich Meier in den bezirklichen Kalender der Ehrungen mitaufzunehmen.

Es gab dazu sehr heftige Wortbeiträge seitens der CDU, hier durch den Fraktionsvorsitzenden A. Meisner, der sich gegen die Aufnahme aussprach, da er der Meinung sei, dass Erich Meier kein Demokrat gewesen sei und zudem sich auch das „Spandauer Bündnis gegen Rechts“ gegen eine bezirkliche Ehrung ausgesprochen habe.

Im Top 46.1 ging es wieder einmal um die Umbenennung des Zitadellenweges in Wladimir-Gall-Weg. In einem Wortbeitrag ging ich dann auch nochmal auf die unsäglichen Aussagen der CDU ein und sagte, dass die Aussagen der CDU davon zeugten, dass diese Partei immer noch den Stachel des kalten Krieges und des Frontstadt-Denkens in sich trage. Erich Meier und Wladimir Gall seien Kommunisten und Humanisten gewesen und beides gehöre zusammen. Der Abschlussbericht zur Umbenennung wurde dann als Zwischenbericht gewertet und so in den Bauausschuss zurück überwiesen.

Bauausschuss am 15.01.13 ab 16 Uhr:

Als Tagesordnungspunkt 4.5 war mein Antrag auf Umbenennung des Zitadellenweges in Wladimir-Gall-Weg Thema der Sitzung, zu der ich auch Rederecht beantragte, um noch einmal eindringlich alle Argumente für eine Umbenennung vorzutragen.

Im September 2011 verstarb Wladimir Gall, der sich am Kriegsende, am 1. Mai 1945 freiwillig als Parlamentär meldete, mit dem Ziel, die Offiziere der deutschen Wehrmacht zur Kapitulation zu bewegen. In der Zitadelle befanden sich nicht nur Offiziere der faschistischen Wehrmacht, sondern auch hunderte Frauen, unschuldige Kinder und Greise, für die der Sturm auf die Zitadelle den sicheren Tod bedeutet hätte. Wladimir Gall meldete sich als Parlamentär, weil er es als menschliche Pflicht ansah, sinnloses Blut auf beiden Seiten zu verhindern. Er ist bewusst das Risiko eingegangen, sein eigenes

Leben zu riskieren, um fremden Menschen, die eigentlich seine Feinde waren und die ihn in ihrem ideologischen Hass

als Bürger der Sowjetunion auch als Untermenschen betrachteten, das Leben zu retten.

Als Einzelverordneter für DIE LINKE Spandau habe ich den Antrag gestellt, Wladimir Gall mit der Benennung einer Straße zu ehren, um auch für die Nachwelt die Erinnerung an seine Person und seinen humanistischen Einsatz für Spandau zu erhalten.

Grundsätzlich dürfen Straßen erst nach 5 Jahren seit dem Tod der zu ehrenden Person benannt werden. Eine Ausnahme eröffnen die Ausführungsvorschriften zu § 5 Berliner Straßengesetz. Dort heißt es in §1 Abs. 3c, in dem formuliert ist: „Straßen dürfen erst nach Ablauf von fünf Jahren seit dem Tode der Person benannt werden. Über Ausnahmen entscheidet der Senat. Voraussetzung hierfür ist, dass es sich um eine herausragende Persönlichkeit handelt und ein gesamtstädtisches Interesse bzw. Hauptstadtbelange gegeben ist.“

Wir als LINKE Spandau subsumieren Wladimir Gall unter die Voraussetzung „herausragende Persönlichkeit“ und ganz sicher ist es unstreitig, dass der Erhalt der Zitadelle als herausragendes Merkmal nicht nur für Spandau, sondern für ganz Berlin vom gesamtstädtischen Interesse ist.

Nicht nur für uns LINKE stellt Wladimir Gall eine herausragende Persönlichkeit dar, sondern auch für andere. Hier möchte ich Sigurd Hauff zitieren, der seinerzeit als Bezirksstadtrat Wladimir Gall mit folgenden Worten geehrt hat: ... dass Sie und noch ein russischer Offizier, indem Sie beide wahren Mut zeigten und Ihr Leben riskierten, die Verhandlungen mit den Offizieren der Zitadelle führten, sie zur Kapitulation bewegen und damit halfen, Hunderten von Menschen das Leben zu retten und dieses hervorragende Denkmal der Geschichte und Baukunst des Mittelalters für die heutige und künftige Generationen zu erhalten.“



Fortsetzung Seite 9



Mietpolitik

Wohnen in Spandau - eine Zustandsbeschreibung

1977 wohnte meine Familie in Charlottenburg im Hinterhaus eines Altbaus mit Ofenheizung und Außenklo. Dort habe ich eine schöne Kindheit verbracht, allerdings unter miserablen Mietsverhältnissen.

Schließlich gelang es uns, in Staaken fündig zu werden. Es war dort ruhig, sauber, wir hatten eine bezahlbare Miete, der blaue Himmel war zusehen und Grünanlagen. Das war damals Staaken — ein Traum! Sozialer Wohnungsbau eben!

2013 — Heute wohne ich schon viele Jahre in



Staaken und die heile Welt von 1977 gibt es nicht mehr — schon lange nicht mehr. Seit sieben Jahren ist es extrem geworden, seit sich der soziale Wohnungsbau aus Staaken zurückgezogen hat und die Stadt bzw. das Land Berlin die Wohnungen privatisiert haben, so dass immer mehr private „Investoren“ über Staaken hergefallen sind. Das bleibt natürlich nicht ohne Folgen für die Mieter, was an den nicht nachvollziehbaren Betriebskostenabrechnungen und völlig überzogenen Mieterhöhungen zu sehen ist. Wie kann es denn anders sein, wenn

ein Vermieter dem anderen im Zweimonatsrhythmus die Klinke in die Hand gibt — so in etwa nach dem Motto: viel Glück beim Abzocken. Diese sog. Investoren benehmen sich ihren Mietern gegenüber wie die Axt im Walde oder besser wie ein Schwarm von Heuschrecken, die sich satt fressen und dann abhauen.

Wie viele Immobilienhaie kann Staaken eigentlich noch vertragen? Leider ist es eine Tatsache, dass unser Stadtteil immer mehr zu einem Armengetto verkommt. Armut ist zwar keine Schande, aber wohl das, was die privaten Vermieter daraus machen, nämlich den Ärmsten der Armen auch noch den letzten Cent aus der Tasche ziehen. Miete muss bezahlbar sein und das für jedermann! Das aber ist diesen Heuschrecken egal.

Wenn sich aber Widerstand regt, dann wird mal eben versucht, die Mieter mit fristlosen Kündigungen mundtot zu machen. Böse Zungen behaupten sogar, dass Vermieter Brände in den Kelleranlagen legen oder Fahrstühle manipulieren, nur um die Mieter aus ihren Wohnungen zu mobben. Und das alles, um die Wohnungen für noch mehr Miete an Neumieter zu vergeben. Das ist reine Profitgier, von Moral keine Spur. Was macht die Politik bzw. die Regierung bei diesen Zuständen? Rein gar nichts! Die Lage kann sich nur dann bessern, wenn der Wohnungsbereich endlich den Heuschrecken entzogen wird, denn Wohnen ist ein Menschenrecht und keine Ware.



Thomas Besuch

Der Autor ist Sprecher der „Mieterinitiative Staaken“



unser Netz

Volksbegehren Energie wird fortgesetzt

Nach dem erfolgreichen Volksentscheid zum „Gesetz für die vollständige Offenlegung von Geheimverträgen zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe“ und dem positiven Ergebnis des Volksbegehrens „Unser Hamburg – unser Netz“ haben sich Anfang Juli 2011 auf Einladung von ATTAC Berlin Vertreter und Vertreterinnen von Berliner Verbänden und Initiativen sowie Einzelpersonen zum „Berliner Energietisch“ zusammengeslossen und über das Vorgehen für ein Volksbegehren beraten. Aus den Treffen am Berliner Energietisch ist mittlerweile ein Parteien-unabhängiges Bündnis von 47 Akteursgruppen entstanden. Parteien und ihre Gliederungen sind als Unterstützerinnen zugelassen.



Als Ergebnis der Arbeit liegt seit Ende Januar 2012 der „Entwurf eines Gesetzes über die Energieversorgung in Berlin“ vor, der die Errichtung von zwei „Anstalten öffentlichen Rechts“ mit Namen „Berliner Stadtwerke“ und „Berliner Netzgesellschaft“ vorsieht. Als Aufgaben und Ziele der beiden kommunalen Unternehmen werden ökologische und soziale Kriterien vorgeschlagen, die zu effizienteren Ergebnissen bei der Energieerzeugung und beim Energieverbrauch führen sollen. Wesentliche Aspekte in dem Gesetzentwurf befassen sich mit hohen Transparenzgeboten bei der Führung der Unternehmen. Weiterhin sind in dem Gesetzentwurf Bürgerbeteiligung und Bürgermitsprache durch direkt gewählter Vertreterinnen und Vertreter aus der Bevölkerung vorgegeben.

Von März bis Juni 2012 wurden die Unterschriftensammlungen für die 1. Stufe des Volksbegehrens durchgeführt. Statt der benötigten 20000 Unterschriften wurden 30.660 Unterschriften erreicht. Offensichtlich wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger die Energieversorgung in der Hand kommunaler Unternehmen. Da sich der Senat inhaltlich überhaupt nicht mit dem Gesetzentwurf befasst hat und auch die Koalitionsfraktionen SPD und CDU im Berliner Abgeordnetenhaus sich nicht ernsthaft mit dem Gesetzentwurf beschäftigt haben, wird nach dem Willen der Energietisch-AkteurInnen vom 11. Februar bis 10. Juni 2013 die 2. Stufe des Volksbegehrens durchgeführt. Dazu sind dann 200.000 Unterschriften erforderlich.

Ein möglicher Volksentscheid auf der Grundlage des Gesetzentwurfs soll mit den Bundestagswahlen im Herbst 2013 verbunden werden.

Die Berliner LINKE hat die Arbeit in den verschiedenen Gremien des Berliner Energietisches von Anfang an intensiv unterstützt, da Rekommunalisierung seit Jahren ein zentrales Thema der LINKEN ist, und wird auch die 2. Stufe des Volksbegehrens aktiv begleiten. In Beschlüssen des Landesvorstands der LINKEN werden Mitglieder der Partei und SympathisantInnen um Unterstützung des Anliegens gebeten und zur Beteiligung an den Sammelaktionen aufgerufen.

Delia Hinz

Mitglied des Landesvorstands DIE LINKE. Berlin

Ergänzende Information!

Mit der Neuvergabe der 2013/2014 auslaufenden Gas- und Strom-Konzessionsverträge für die Verteilungsnetze wird das Land Berlin mit Nachdruck Einfluss auf die Rahmenbedingungen der Strom und Gasversorgung als öffentliche Daseinsvorsorge nehmen, um sie unternehmens- und bürgerfreundlich zu gestalten. Ziel ist es, mehr Einfluss auf die Strukturen, die Preis-, Investitions- und Unternehmenspolitik des zukünftigen Verteilnetzbetreibers zu nehmen. Eine nachhaltige Energieversorgung geht über kurzfristige, rein finanzielle Erwägungen hinaus. Sie bedarf eines öffentlichen Einflusses auf den Netzbetreiber, welcher auch über eine Beteiligung an den Netzen durch das Land erfolgen kann. Sollte die Konzession an Private wie bisher vergeben werden, ist eine kürzere Laufzeit der Konzession zu prüfen.

Auszug aus Koalitionsvereinbarung:



Diesen Worten möchte ich mich anschließen und hoffen, die Mehrheit dieses Ausschusses kann sich mit den Worten Sigurd Hauffs identifizieren und auch die Ernsthaftigkeit dieser Worte bestätigen, indem Sie der Straßenumbenennung zustimmt, zumal am 20.01.2013, anlässlich des Geburtstages von Vladimir Gall die Stadt Halle diesen Menschen auch eine Ehrung im Beisein seiner Familie zuteilwerden lässt. Zum anderen würde die Zeit, die die entsprechenden Gremien brauchen, schon nahe an die 5 Jahre kommen.“

Die Entgegnung von Stadtrat Röder war wieder einmal ein Paradebeispiel dafür, wie Gesetze und Ausführungsvorschriften gebogen werden können. Es war klar, dass der Baustadtrat mit seinen Mitarbeitern kein Interesse an einer Straßenumbenennung hat !

Zu guter Letzt, nach einer kurzen Unterbrechung, indem klar gesagt wurde, dass mein ehemaliger Antrag in einen Prüfauftrag geändert worden ist, wurde der in der letzten BVV als Zwischenbericht gewertete Bericht als umfassend beantwortet und als erledigt angesehen. Aufgrund dieser Entwicklung werde ich für die BVV-Sitzung im Februar einen Antrag einbringen, in dem das Bezirksamt den Auftrag bekommen soll, sich bei allen für eine Umbenennung zuständigen Stellen für eine schnelle und unkomplizierte Umbenennung einzusetzen. Wir als Partei DIE LINKE.Spandau werden nicht locker lassen, um diese Ehrung für Wladimir Gall durchzusetzen; zumal es am 20.01.13 in Halle eine Ehrung für Wladimir Gall anlässlich seines 94. Geburtstages gegeben hat, an der auch eine Delegation aus Spandau teilgenommen hat (www.die-linke-spandau.de oder www.bo-sg.de

Eins ist auch klar: Die reine Orientierung auf parlamentarische Geplänkel ist aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der BVV zu wenig. Hier muss gesellschaftlicher Druck ausgeübt werden und den werden wir organisieren!

Dirk Großholz
BVV-Verordneter DIE LINKE.Spandau





Sport

Ultras

Anfang Januar brach der AC Milan ein Freundschaftsspiel gegen Pro Patria ab. Nach 30 Minuten rassistischer Gesänge und Pöbeleien ergriff der Berliner Kevin Prince Boateng die Initiative und verließ mit der Mannschaft geschlossen den Platz. Auch in den deutschen Medien war in den letzten Monaten verstärkt von Gewaltproblemen, Ultras und bürgerkriegsähnlichen Zuständen die Rede. Wir nehmen diesen traurigen, aber in der Reaktion vorbildhaften Akt des Protestes als Anlaß etwas Licht in das Medienwirrwarr zu werfen. In den Stadien tummeln sich eine Vielzahl von Besuchern: Sportler, „normale“ Fans, Touristen Ultras und Hooligans. Hinzu kommen die Sicherheitskräfte, sie sind zwar keine Zuschauer im eigentlichen Sinne, sie gehören jedoch auch zu den Akteuren, die nicht unwesentlich zum Stadionklima beitragen. Das breite Publikum möchte unbestritten Fußball sehen und vielleicht noch etwas Feieratmosphäre mitnehmen. Dem wohl kleinsten Kreis, den Hooligans, geht es vor allem um Gewalt. Der Fußball spielt für sie nur eine untergeordnete Rolle als Anlass und Präsentationsfläche. Als letzte Fangruppe kommen die Ultras ins Spiel. Dort sieht es komplizierter aus, da sie wesentlich differenzierter handeln als es bei Hools oder einfachen Fans aussieht. Sie sind oft ähnlich wie die Hooligans organisiert, jedoch stehen die Liebe zum Sport und vor allem dem eigenen Verein gegenüber viel mehr im Vordergrund als gewalttätige Auseinandersetzungen. Sie sind oftmals politisch interessiert und haben einen gemeinsamen Nenner in der Ablehnung der zunehmenden Kapitalisierung des Fußballs. Sie organisieren Choreografien, heizen die Stimmung im Stadion an und sind oftmals im direkten Vereinsumfeld aktiv engagiert. Gewalt gehört nicht zu den Zielen, die sie verfolgen, man ist aber durchaus bereit körperliche Konflikte auszutragen und sich zu wehren, wobei Angriff zugegebener Maßen bisweilen auch zu den als notwendig erachteten Verteidigungsmaßnahmen gehört. Während Hooligangruppen eher rechtssoffen bis neofaschistisch eingestellt sind, sofern überhaupt



eine politische Einstellung vorliegt, stellen sich Ultras oftmals gegen rassistische und ausgrenzende Tendenzen in „ihrer“ Kurve, es ist aber je nach Verein das gesamte politische Spektrum vertreten.

Hieraus entsteht zwar ein Konflikt zwischen diesen beiden Gruppen, der durchaus unangenehm werden kann, meistens ist er jedoch wesentlich sinnvoller, als wenn man die Dominanz in der Kurve denjenigen überläßt, denen es nur um die Gewalt als Selbstzweck geht. Hinzu kommt, dass sich die Sicherheitskräfte oftmals lieber gegen die Ultras stellen, obwohl diese wesentlich besonnener agieren, da sie ja auch in Zukunft den Spielen beiwohnen wollen, wogegen es dem Hool egal ist, ob er sich im Stadion oder davor seinen Gegner sucht. Dazu kommt, dass viele Vereine ein kleineres Problem darin haben, die Fanlager mit einem Großaufgebot an Polizei und Ordnern zu trennen, als den Konflikt im eigenen Block zu haben, wo eine Separation wesentlich schwerer ist, und die eigenen Probleme im Verein bzw. dem Vereinsumfeld publik werden.

Im Endeffekt haben wir jedenfalls u.a. die sichersten Stadien in Europa, auch wenn Medien gerne anders berichten, um ihre Auflagen zu steigern, während Behörden die Zahlen künstlich hochrechnen, indem sie Opfer von gewalttätigen Übergriffen meist auch zu den Gewalttätern dazuzählen, da diese ja Beteiligte waren. Indem derart undifferenziert gedacht und gehandelt wird, werden die Behörden und Vereine der Gewaltspirale nicht mehr Herr, sondern erhöhen auch die Qualität der Gewalt. — vielleicht ist es auch so gewollt.

Benjamin Ahmad



Internationales

Polen: Irrwege des Neoliberalismus

Symptomatisch für die vorherrschenden Verhältnisse in Polen ist der von der Regierung initiierte Atomeinstieg. Polen will auf Druck großer Energiekonzerne, an denen u.a. auch Vattenfall beteiligt ist, einen Atommeiler an der Ostsee bauen. Den Atomverzicht von 1989 hat Ministerpräsident Donald Tusk kurzerhand gekippt. Stattdessen hat das Wirtschaftsministerium eine euphemistisch als „Aufklärungskampagne“ bezeichnete Propagandashow gestartet, mit der die Bevölkerung für die archaischen Energienutzung Sturmreif geschossen wird: Tatsächlich stimmen 56% der Polen für die Atomkraft, 41% können sich ein AKW im eigenen Garten vorstellen. Die Kampfkraft der Zivilgesellschaft gegen die Vereinnahmungsversuche der Regierung ist zu schwach, seit Jahren steckt Polen in einer neoliberalen Zwangsjacke. Im Parlament hat der neoliberale Zeitgeist Einzugs gefunden, dem sich selbst vorgeblich linke Parteien wie der Bund der Linken (SLD) nicht erwehren konnten. Dieser besteht aus über Nacht zu Kapitalisten und Privatisierern gewordenen Ex-Kommunisten, denen ihre eigenen Pfründe wichtiger sind als das gesamtgesellschaftliche Wohl. Selbst in weltanschaulichen Fragen überholen sie inzwischen manch andere Partei rechts: Homosexualität hält ein großer Teil der SLD-Mitglieder für Entartung und ein Verbrechen. Die neue, sich liberal gebende Palikat-Partei besteht im Grunde auch nur aus einem Haufen Millionären und Unternehmern, der sich nur die Geschäfte nicht von Nationalen und vom Klerus kaputt machen lassen will. Dazu bedient sich die Partei einer Imagekampagne, um die liberale Jugend und laizistische Kräfte auf ihre Seite zu ziehen, während sie ihre neoliberalen Wirtschaftsansichten verborgen hält. Zum Vorschein kamen diese Ansichten, als man mit der Regierung für die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre stimmte. Widerstand wurde zwar von den Gewerkschaften organisiert, doch die größte Gewerkschaft Solidarnosc, die immer weiter in den rechtsklerikalen Sumpf der Kaczynski-Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) gerät, konnte sich dabei nicht gerade mit Ruhm bekleckern. Die großen Gewerkschaften in Polen sind schon seit langem zahnlose Tiger, die an der

Verwaltung der katastrophalen Verhältnisse mitwirken. Währenddessen wächst die Schere zwischen Arm und Reich bedrohlich schnell an: Heute erfährt jeder dritte Pole Folgen von Armut und sozialer Isolation, jedes fünfte Kind in Polen lebt unterhalb der Armutsgrenze der OECD - das sind fast zwei Millionen Kinder. Nach dem Ausverkauf des staatlichen Tafelsilbers in den 90er-Jahren herrschen jedoch leere Kassen vor, dazu kommt ein sozialer Kahlschlag: Der Anteil der Beschäftigten in prekärer Arbeit ist ebenfalls auf über ein Drittel angestiegen. In Metropolen wie Warschau oder Krakau wird der bezahlbare Wohnraum knapp, hier zahlt man schon Preise, wie sie in deutschen Städten üblich sind — während der Durchschnittsverdienst um ca. 80% geringer ist. Am anderen Ende sprießen „gated communities“, hermetisch mit Zäunen abgeriegelte Wohnbezirke, in denen sich die Reichen von der Gesellschaft abschotten, wie Pilze aus der Erde. Der Widerstand in Polen formiert sich aber nicht im Parlament oder in der politischen Kaste. Sozialistische Parteien wie die Polnische Sozialistische Partei (PPS) stellen zwar eine Alternative dar, erreichen bei Wahlen aber keine nennenswerten Ergebnisse. Ein dringend notwendiges alternatives Programm für Polen kann daher nur aus der außerparlamentarischen Opposition, aus der Zivilgesellschaft, kommen. Im Moment fehlt es in Polen an einem Bewusstsein um die Schwere der politischen Entscheidungen. Alternativen suchen die meisten Menschen nur in den nationalistischen und kirchlichen Kreisen, die aber selbst am System vortrefflich verdienen. Hier ist auch die Solidarität der deutschen Linken gefragt, die polnische Zivilgesellschaft zu unterstützen. In kleinen Schritten kann der Weg für eine echte Alternative bereitet werden: Gegen den Einstieg in die Atomkraft protestierten deutsche und polnische Atomkraftgegner letztes Jahr. Der Widerstand in Polen gegen den wieder auflebenden Antisemitismus und Faschismus lebt durch die Hilfe aus Deutschland. Langsam, aber sicher könnte so eine Route aus dem Labyrinth gefunden werden.

L . L



WER WIE WAS WIESO WESHALB WARUM WANN WO WER WIE WAS

Termine:

1. Mitgliederversammlungen:

jeden 3. Donnerstag im Monat
um 18.30 Uhr
(Seniorenclub Lindenufer, Mauerstr. 5b,
Nähe Rathaus Spandau, U7)

2. Vorstandssitzungen:

jeden 1. und 3. Samstag im Monat
um 10.00 Uhr
(Geschäftsstelle Pichelsdorfer Str. 138,
13595 Berlin)

3. Basisorganisation „Soziale Gerechtigkeit“:

jeden letzten Mittwoch im Monat
um 19.00 Uhr
(Geschäftsstelle, Pichelsdorfer Str. 138,
13595 Berlin)

4. AK Gewerkschaften:

jeden 2. Dienstag im Monat
um 18.00 Uhr
(Geschäftsstelle Pichelsdorfer Str. 138,
13595 Berlin)

5. Hartz IV - Beratung:

jeden 1. Freitag im Monat
von 16.00 - 18.00 Uhr
und jeden 3. Donnerstag
von 18.00 - 20.00 Uhr
(Mauerstr. 6,
13597 Berlin, Kulturhaus Spandau,
3. Stock, Konferenzraum)

6. Sozialistische Bildungsakademie:

jeden letzten Dienstag im Monat
um 19.00 Uhr
(Seniorenclub Lindenufer,
Mauerstraße 5b
Nähe Rathaus Spandau)



26.02.2013

**Sozialer Wohnungsbau in Berlin
damals und heute . Wie weiter?
Joachim Oellerich
(Berliner Mietergemeinschaft)?**

26.03.2013

**Was hat DIE LINKE zu bieten?
Ida Schillen
(Partei Vorstand der Partei DIE LINKE)**

30.04.2013

**Fünf Jahre
„Sozialistische Akademie Spandau“
Soiree (Abendgesellschaft),
Party, Fete, Musik, Tanz und Politik**

28.05.2013

**Linke Konzepte der KPÖ Steiermark
im Kampf um sozialen Wohnraum.
Auch ein Konzept für uns?
Elke Kahr
(KPÖ-Graz - angefragt)**

25.06.2013

**Wohnen - ein Menschenrecht - bei
uns und überall.
Knut Unger
(Mieterverein Witten)**

VOLKSBEGEHREN
Neue Energie
für Berlin

UNTERSCHREIBEN VOM 11. FEBRUAR BIS 10. JUNI 2013

Wenn Sie etwas bewegen und verändern wollen,
dann kommen Sie in DIE LINKE.
Wir brauchen viele Neue
— gönnen Sie sich etwas Neues!